

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

der FDP-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Beratungsgegenstand:

Personalquerelen, Wortbruch und Skandale auf höchster Ebene – Brandenburgs Landesregierung verliert ihre Handlungsfähigkeit

**Verantwortung für Brandenburg übernehmen - Handlungsfähigkeit der
Landesregierung gewährleisten!**

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident wird in Anbetracht der Vorkommnisse innerhalb der Landesregierung in den letzten Monaten aufgefordert, die Handlungsfähigkeit in allen Ministerien sicherzustellen.

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, von seinem Recht nach Art. 84 der Landesverfassung Gebrauch zu machen und im Interesse des Landes einen personellen Wechsel an der Spitze des Wirtschaftsministeriums vorzunehmen.

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung des Landtages eine Regierungserklärung zum Zustand seiner Landesregierung zu geben und damit seiner Verantwortung nach Art. 89 der Landesverfassung nachzukommen. Diese Regierungserklärung soll auch Aussagen zu den Zielen, Projekten und Initiativen der Landesregierung in den kommenden Monaten bis zur Landtagswahl am 14. September 2014 beinhalten.

Begründung:

Fortwährend bestimmen Negativschlagzeilen über die Landesregierung die Berichterstattungen und damit auch die Arbeit des Landtages und seiner Ausschüsse. Beispiele dafür sind der Rücktritt des Justizministers, ein fragwürdiger Aufklärungswille des Staatssekretärs, Personalquerelen im Wirtschaftsministerium,

das Versagen bei der Polizeireform, die vielfältigen Defizite im Bildungsressort sowie permanente und erfolgshemmende Koordinationsprobleme zwischen den Agrar- und Umweltressorts. Alles das wird verstärkt von einem geradezu skandalösen Versagen der Landesregierung bei der Bewältigung der bis heute ungelösten Probleme rund um den Flughafenneubau Berlin-Brandenburg.

Aber insbesondere die Auszahlungspraxis von Fördermitteln in der Vergangenheit hat zu erheblichen finanziellen Verlusten und einem Imageschaden für das Land Brandenburg geführt. Die unzureichende Koordination zwischen Wirtschaftsministerium und Investitionsbank, die mangelnde Sorgfalt bei der Prüfung und undurchsichtige persönliche Absprachen unterliegen dem politischen Verantwortungsbereich des Wirtschaftsministers. Für die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist vor diesen Hintergründen ein Verbleib von Herrn Ralf Christoffers im Amt des Wirtschaftsministers nicht mehr hinnehmbar.

Dieter Dombrowski

Andreas Büttner

CDU-Fraktion

FDP-Fraktion

Axel Vogel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN